



Deutscher Bundestag

Bundestag Alemán

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T: +49 30 227-77346
Mail: Uwe.Kekeritz@bundestag.de

Uwe Kekeritz MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Presidencia de la República
Sr. Iván Duque Márquez
Presidente de la República
Palacio de Nariño
Carrera 8, no. 7–26
Bogotá, D. C., Colombia

--- por correo electrónico ---

Berlin, 05. Mai 2021

Betreff: Sorge um Polizeigewalt bei Protesten

Sehr geehrter Herr Präsident Ivan Duque,

als Mitglieder des Deutschen Bundestags engagieren wir uns seit Jahren für den Friedensprozess in Kolumbien und hoffen, dass die Umsetzung des Abkommens Ihrem Land bald einen nachhaltigen Frieden bringt.

Mit Besorgnis haben wir die Berichte zur Kenntnis genommen, dass es in den Tagen seit dem 28. April dieses Jahres während des Generalstreiks gegen die geplante und inzwischen zurückgenommene Steuerreform Ihrer Regierung zu massiver Gewalt gekommen ist. Konkret erreichten uns Berichte zu 24 Toten durch polizeiliche und militärische Übergriffe, 381 Verletzten, 1180 Festnahmen, 15 Fällen von sexuellen Übergriffen durch Polizei und Militär, sowie 58 Übergriffen gegen Menschenrechtsverteidiger:innen und Journalist:innen.

Die Berichte stimmen darin überein, dass es einen exzessiven Einsatz von Gewalt gegen friedliche Protestierende gegeben habe. Auch dort, wo Gewalt seitens der Protestierenden eingesetzt wurde, sei der Einsatz zu ihrer Eindämmung weit über das angemessene Maß hinausgegangen. Die hohe Zahl von Toten und mindestens 18 Augenverletzungen deuten weiterhin an, dass es zu einem gezieltem Einsatz von Schusswaffen gekommen ist. Weiterhin gab es Drohungen und Angriffe gegen Menschenrechtsbeobachter:innen, die den Verlauf der Demonstrationen beobachten und dokumentieren wollten. Obwohl diese eindeutig gekennzeichnet waren, wurden sie angegriffen. So auch im Fall der Beobachtungsmission in Cali in der Nacht vom 03.05. auf den 04.05., an der auch Vertreter:innen des Büros der UN Hochkommissarin für Menschenrechte beteiligt waren.



Wir möchten Sie bitten, alle Schritte zu unternehmen, um die Aufklärung der Vorfälle an den Tagen vom 28. April bis heute und ggf. darüber hinaus, zügig und umfassend in die Wege zu leiten und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Weiterhin möchten wir Sie dringend bitten, die internationalen Standards für Polizeieinsätze bei Protesten zur Anwendung zu bringen und die Empfehlungen des kolumbianischen Obersten Gerichtshofs und der internationalen Menschenrechtsinstanzen umzusetzen, insbesondere die Empfehlungen des UN-Komitees für Menschenrechte aus seinem Bericht von 2016 sowie dem Bericht des Büros der UN Hochkommissarin für Menschenrechte für das Jahr 2020 .

Wir begrüßen die Hinweise der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte und des UN-Sonderberichterstatters für Versammlungsfreiheit vom 03. und 04. Mai dieses Jahres, dass das Militär in der Regel nicht zur Kontrolle von Protesten eingesetzt werden soll und die Sicherheitskräfte sich an die Prinzipien der Legalität, Vorsicht, Notwendigkeit und Angemessenheit zu halten haben, um das Recht auf friedliche Versammlung zu gewährleisten. Der Einsatz von Feuerwaffen ist demnach letztes Mittel in lebensbedrohlichen Situationen. Bereits im September 2020 hatte es Berichte über den unangemessenen Einsatz von Gewalt gegen Protestierende in Ihrem Land gegeben, und der Oberste Gerichtshof hat damals festgestellt, dass die exzessive Gewalt „systematisch und willkürlich“ eingesetzt wurde. Weiterhin hat der Oberste Gerichtshof die Exekutive aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um friedlichen Protest zu garantieren und den übermäßigen Einsatz von Gewalt einzudämmen. Das Büro der Hochkommissarin hat seine Unterstützung bei den Bemühungen für die Reform der Befehlsstrukturen und des Rechtsrahmens angeboten, was wir für einen hervorragenden Ausgangspunkt für weitere Schritte halten.

Wir sind überzeugt, dass Sie mit diesem Weg einen wichtigen Beitrag für eine friedliche Zukunft Kolumbiens leisten und bieten Ihnen unsere Unterstützung im Rahmen unserer Möglichkeiten an.

Hochachtungsvoll,

Uwe Kekeritz, Bündnis 90/Die Grünen

Heike Hänsel, Die Linke



Dr. Bettina Hoffmann

Dr. Bettina Hoffmann, Bündnis 90/Die Grünen

Sascha Raabe

Dr. Sascha Raabe, SPD

SB

Simone Barrientos, Die Linke

Kai Gehring

Kai Gehring, Bündnis 90/Die Grünen

Margarete Bause

Margarete Bause, Bündnis 90/Die Grünen

Yasmin Fahimi

Yasmin Fahimi, SPD

Omid Nouripour

Omid Nouripour, Bündnis 90/Die Grünen



Norbert Altenkamp, CDU

Eva-Maria Schreiber, Die Linke

Ottmar von Holtz, Bündnis 90/Die Grünen

Frank Schwabe, SPD

Michel Brandt, Die Linke

Dr. Daniela De Ridder, SPD

Cc:

Verteidigungsminister Diego Molano

Generaldirektor der Nationalpolizei, Generalmajor Jorge Luis Vargas Valencia

Generalkommandeur der Streitkräfte General Luis Fernando Navarro Jiménez

Delegation der EU in Kolumbien

Büro des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte in Kolumbien

Kolumbianische Botschaft Berlin

Deutsche Botschaft Bogotá

Auswärtiges Amt